

SWR2 Zeitwort

07.03.1967:

Bauern protestieren gegen die Agrarpolitik der EG

Von Sabine Freudenberg

Sendung: 07.03.2024

Redaktion: Susanne Schmaltz

Produktion: SWR 2016

Bitte beachten Sie:

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

Service:

SWR2 Zeitwort können Sie auch als Live-Stream hören im **SWR2 Webradio** unter www.swr2.de oder als **Podcast** nachhören:

<http://www1.swr.de/podcast/xml/swr2/zeitwort.xml>

Autorin:

Pfiffe und Pfui-Rufe in der überfüllten Dortmunder Westfalenhalle: 30 000 Bauern waren am 7. März 1967 zum außerordentlichen Bauernntag angereist. Edmund Rehwinkel, der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, hatte mobil gemacht. Die Notbremse wollte er ziehen, verhindern, dass die gemeinsame Agrarpolitik in der Europäischen Gemeinschaft für die deutschen Bauern wirksam wird. Und wenn, dann nur gegen Finanzhilfe aus der Staatskasse.

März 1967: Deutschlands Wirtschaft steckte in einer Rezession, die Landwirtschaft dagegen erlebte, einen wirtschaftlichen Aufschwung. Die Ernte 1966 war gut ausgefallen, immer mehr Bauern mästeten Schweine und Rinder, hielten Milchvieh - und erzeugten damit Produkte, an denen sie mehr verdienten als an Kartoffeln oder Getreide. Trotzdem ging im Frühjahr 1967 bei den deutschen Landwirten die Angst um; denn die Zukunft erschien unsicher. Mitte des Jahres sollten – mit dem neuen Wirtschaftsjahr - in der Europäischen Gemeinschaft gleiche Getreidepreise für alle Landwirte in Kraft treten. Das war schon Jahre vorher beschlossen worden; gegen den erbitterten Widerstand der deutschen Landwirte und vieler Politiker. In der CDU kam es zu Zerwürfnissen, der Bundeslandwirtschaftsminister Schwarz weigerte sich schließlich sogar, die Verhandlungen zum Ende zu bringen, der Wirtschaftsminister Schmücker der Regierung Erhard musste das für ihn tun. Bundeskanzler Erhard seinerseits sicherte den deutschen Bauern einen Finanzausgleich zu. Grund für diese Turbulenzen schon bei den Verhandlungen um einen gemeinsamen EG-Getreide-Preis war, dass in Deutschland fürs Getreide erheblich mehr gezahlt wurde als in anderen EG-Ländern. Vor allem in Frankreich, dem Getreide-Groß-Erzeugerland lag der Getreidepreis viel niedriger. Schon damals war den Politikern klar, dass ein EG-Getreidepreis auf deutschem Niveau zu einer Produktionsexplosion und ganz schnell zu Riesen-Überschüssen führen musste. Denn die französischen Landwirte hätten erheblich mehr Geld und damit einen Produktionsanreiz ohnegleichen bekommen. Klar war aber auch, dass ein EG-Getreidepreis auf französischem Niveau einen Einkommensabsturz für deutsche Landwirte bedeutet hätte – aus politischen Gründen indiskutabel.

Der Preis wurde schließlich niedriger als in Deutschland - aber letztlich viel zu hoch für die EG angesetzt und galt mit Beginn des Wirtschaftsjahres 67/68. Im Frühjahr 1967 war den deutschen Bauern also klar, dass sie für die kommende Getreideernte erheblich weniger Erlösen würden, dafür wollten sie einen Finanzausgleich, wie vom Kanzler versichert. Doch Finanzminister Strauß strich den Agraretat 1967 um mehr als acht Prozent zusammen und Landwirtschaftsminister Höcherl fühlte sich nicht mehr an die Ausgleichs-Zusagen Erhards gebunden. Und das Ganze in einer Zeit, in der die Landwirtschaft in eine tiefe Krise schlidderte, auf der Suche nach einem neuen Selbstverständnis war, die Bauern nicht abschätzen konnten, wie es weitergehen würde. In den Jahren des stürmischen Wirtschaftsaufschwungs zuvor hatten viele junge Leute sich einen guten Beruf außerhalb der Landwirtschaft gesucht.

In der wirtschaftlichen Rezession war dieser Weg verbaut. Gleichzeitig war klar, dass auch in Zukunft noch viele Bauern aus der Landwirtschaft ausscheiden würden: Ihre Höfe waren viel zu klein. Und nun auch noch die ungewisse Zukunft in einer gemeinsamen Agrarpolitik der EG. Am 7. März 1967 forderte Edmund Rehwinkel höhere Preise, Schutz vor Einfuhren und Finanzhilfen vom Staat. Er griff die Bundesregierung heftig an und er sagte, die Bauern sollten auf die Politik der Bundesregierung nicht mit Demonstrationen und Trecker-Aufmärschen reagieren, sondern mit dem Stimmzettel. 1967 – das war die Zeit, als die NPD Stimmung

machte und Stimmen sammelte, auch in der Dortmunder Westfalenhalle entrollte sie Spruchbänder. Rehwinkel verwahrte sich dagegen, er habe die NPD begünstigen wollen. Die Bauern haben damals Druck gemacht – Geld haben sie nicht locker gemacht, aber die agrarpolitischen Weichen sind auch aufgrund dieses massiven Protestes nicht in Richtung Marktwirtschaft, sondern in Richtung Protektionismus gestellt worden.